

An der Spitze des Fortschritts?

Anmerkungen zu der Denkschrift „Vom künftigen deutschen Soldaten“

Das Amt Blank hat der Öffentlichkeit eine Schrift zugänglich gemacht, die Einblick in die Planungen des Verteidigungsministeriums gibt. Die Armee und speziell ihr Führerkorps sollen — nach einem Wort Scharnhorsts — „an der Spitze des Fortschritts stehen“. Die Broschüre macht deutlich, wie sich die Planer der Bonner Militärdienststellen den Fortschritt heutzutage denken. Es ist die erste größere offizielle Darlegung dieser Art (mit einem Vorwort des Kanzlers). Uns geht es hier nicht um die außenpolitische Bewertung des Militärischen in der Bundesrepublik, nicht um die Stellung dieses Landes zur NATO oder um ähnliche Fragen. Wir wollen auch nicht untersuchen, inwieweit im Zeitalter der Atomwaffen eine Beschäftigung mit Gedanken wie den in der Denkschrift geäußerten noch mehr sein kann als eine Zeitverschwendung; möglicherweise erledigen sich solche Militärfragen in den nächsten zwanzig Jahren von selbst. Immerhin sind die Pläne der Leute um Blank gegenwärtig von großem politischem Gewicht. Wir wollen hier deshalb die Frage aufwerfen, welche Vorstellungen diese Denkschrift bestimmen, inwieweit sie schlüssig und realisierbar erscheinen.

Hat die Armee politische Funktionen?

Die Lektüre der Blankschen Publikation wird um so reizvoller, je genauer man sie liest. Die aufschlußreichsten Bemerkungen findet man verstreut in scheinbar weniger wichtigen Abschnitten. Blank betont in seinem Geleitwort, wir müßten „den an uns herantretenden Aufgaben und Verpflichtungen nüchtern und gewissenhaft begegnen“. Dabei beschränkt sich die Broschüre darauf, das zu sagen, was ihren Verfassern im Augenblick zweckmäßig erscheint; die Thesen und Vorschläge lassen „der Entwicklung in der Praxis genügend Raum“, heißt es in den Schlußanmerkungen offenherzig. Es ist aber wohl Aufgabe einer Militärplanung, die mögliche Praxis gedanklich vorwegzunehmen, in den Griff zu bekommen und zu bewältigen, soweit das im Vorgriff auf eine kommende Entwicklung überhaupt möglich ist. Hier ist ein Einwand gegenüber der Gesamtkonzeption der Denkschrift angebracht: Den Streitkräften ist eine sehr weitgehende *politische* Funktion zugedacht. Sie sollen nicht nur den Frieden sichern und die Politiker an ihre diesbezüglichen Verpflichtungen erinnern, wenn sie davon einmal abzukommen drohen. Deutlicher noch wird die politische Bewertung der Armee in den Ausführungen über die staatsbürgerliche Erziehung, die in den Streitkräften geleistet werden soll. Man gewinnt den Eindruck, als ob die Staatsbürger recht eigentlich erst während ihrer Militärdienstzeit eine Ahnung von den Grundlagen und dem Sinn der Demokratie bekommen könnten. Daß die Voraussetzungen für eine derartige Bildungsarbeit in den Streitkräften noch sehr viel ungünstiger sind als in anderen gesellschaftlichen Bereichen, ist den Verfassern offenbar entgangen.

Sicher wäre es notwendig, daß jeder Soldat seinen Dienst in dem Bewußtsein leistet, damit etwas Vernünftiges für das Gemeinwesen zu tun, das zu schützen ihm aufgetragen wurde. Die tatsächlich bestehenden Möglichkeiten, eine solche Bewußtseinshaltung heranzubilden, sind jedoch in den Streitkräften gleich Null. Damit werden alle die politischen Postulate solcher Art zu einem bloßen ideologischen Überbau, den man aus Zweckmäßigkeitsgründen vielleicht bestehen lassen wird, möglicherweise aber auch den „Erfahrungen der Praxis“ im Laufe der Zeit weichen läßt. Wohlwollende Zivilisten sind jedenfalls zunächst beruhigt, daß die Armee sie in ihren eigenen politischen Anliegen dem Anschein nach unterstützen will und soll. Aber gerade in der politischen *Überforderung* der Streitkräfte liegt die Gefahr, daß nachher die meisten Blümenträume nicht reifen. Enttäuschung auf der einen und Rückschritt auf der anderen Seite wären

unausbleibliche Folgen einer solchen Entwicklung. Gerade die Zivilisten sollten also darauf drängen, den auch im Bundesverteidigungsministerium tätigen unbelehrbaren Militaristen — ihr Einfluß wächst ständig — keine Argumente dadurch zu geben, daß sie die Armee mit Aufgaben politischer Art belasten, die zu bewältigen sie nicht imstande ist — und die ihr nicht zukommen. Wir wollen nicht so skeptisch sein wie ein bekannter Kritiker der Dienststelle Blank, der die der Armee zugedachten politischen Funktionen als eine neue Form von Militarismus bezeichnete, aber es muß Klarheit darüber geschaffen werden, wer Koch und wer Kellner ist. Die Armee hat *keine eigene* politische Aufgabe, auch dann nicht, wenn es sich dabei um eine „demokratische Politik“, handeln sollte. Politiker und Militärs dürfen sich hier wechselseitig nichts vormachen.

Stellvertretend für Mitteldeutschland?

Die Vorschläge und geplanten Maßnahmen sollen „zum Nutzen aller Deutschen und in Stellvertretung für unsere Brüder und Schwestern jenseits der Elbe wirksam gemacht werden“. Dies so knapp und schlicht zu sagen, ist dumm und frevelhaft zugleich. Die Problematik wird deutlich bei der Frage, welcher Text für eine feierliche Verpflichtung oder für einen Eid der westdeutschen Landser gewählt werden soll. Will man sie auf Deutschland verpflichten? Auf welches Deutschland? Man liest keine Zeile darüber. Es ist kaum begreiflich, daneben einen soziologisch und psychologisch so bedeutsamen Tatbestand wie die familiären und verwandtschaftlichen Bindungen von Millionen Menschen beider Teile Deutschlands nicht in Rechnung zu stellen. Man reibt sich die Augen und hat das Gefühl, das alles mit einer Handbewegung wie einen Spuk wegwischen zu müssen. Die Planer Blanks werden doch nicht im Ernst annehmen, daß eine „feierliche Verpflichtung“ der Soldaten diese Bindungen neutralisieren kann. Die Dienststelle Blank hält es nicht für notwendig, darüber auch nur ein Wort zu verlieren.

„Stellvertretend für unsere Brüder und Schwestern jenseits der Elbe“, heißt es. Wer gibt den Verfassern die beruhigende Gewißheit, daß ausgerechnet *ihre* Vorstellungen von den Menschen in der Zone bejaht werden? Wir wissen, daß die Bevölkerung Mitteldeutschlands das dort gegenwärtig herrschende Regime ablehnt, aber wir wissen sehr wenig davon, wie sich die Menschen jenseits der Elbe eine ihnen gemäße Ordnung des Zusammenlebens denken. Es gibt keine zuverlässige Methode, sich heute ein exaktes Bild von den Meinungen der mitteldeutschen Bevölkerung zu verschaffen. Wir bleiben einstweilen auf Vermutungen, persönliche Kontakte und vereinzelte Stimmungsberichte angewiesen. Trotzdem meinen die Autoren, daß die Blankschen Thesen ohne weiteres für die Menschen der Zone mit vertreten werden könnten. Selbst die unvollständigen Kenntnisse über die mitteldeutsche Situation reichen jedoch aus, um sagen zu können, daß schon der Sprachgebrauch dieser bundesrepublikanischen Wehrdenkschrift dort kaum Sympathien finden dürfte. Es sind doch gerade die abgesättigten Schlagworte der SED-Propaganda, deren die Menschen überdrüssig sind, und es ist eine vermessene Unterstellung, zu erwarten, diese Menschen seien gegenüber anderen, ebenso verbrauchten Schlagworten aufgeschlossener. Der private Bereich der Familie und der Freunde ist in Mitteldeutschland mehr noch als bei uns zum einzig verbliebenen Bereich sozialer Stabilität und menschlicher Verlässlichkeit geworden. Man wird dies kaum eintauschen wollen gegen die außerpersönlichen Ansprüche einer „demokratischen“ Wehrdeologie.

Die Freiheit und der „Materialismus“

Durch staatsbürgerliche Weiterbildung sollen die Offiziere eingehend mit der Theorie und Praxis des Bolschewismus vertraut gemacht werden. Dem Leser drängt sich der Eindruck auf, daß die Verfasser bisher eines solchen Unterrichts selbst noch nicht teilhaftig geworden sind. Sie wenden sich mit Abscheu und entwaffnender Naivität gegen den

„Materialismus“, dem der deutsche Soldat abschwören soll. Er ist gehalten, den „materialistischen Lockungen zu widerstehen“, heißt es an anderer Stelle. Was ist damit gemeint? Ist das eine Polemik gegen die „bedenkenlose Ichsucht, mangelnden Gemeinsinn und politische Gleichgültigkeit“, ein Tatbestand also, der unsere demokratische Entwicklung bedroht, wie mit Recht gesagt wird? Das wagt man kaum anzunehmen; vermutlich geht es den Verfassern um eine Abgrenzung gegenüber dem „Materialismus“ des Ostens. Es kann einen schaudern, wenn man sich ausmalt, daß sich auf diesem Niveau die staatsbürgerliche Immunisierung westdeutscher Offiziere vollziehen soll.

Mit gleicher Unbefangenheit wird gefordert, der westdeutsche Soldat solle sich der Freiheit verpflichtet fühlen. Was Freiheit konkret meint und „welche Bindungen sie auferlegt“ (sic!), wird mit Ausdauer verschwiegen. Die soziologischen Untersuchungen über das Verhalten und die Mentalität der westdeutschen Jugend haben uns Aufschluß darüber vermittelt, wie wenig junge Menschen heute in der Lage, sind, aus ihrem Wunsch nach Freiheit konkrete, mit unserer staatlichen Wirklichkeit übereinstimmende Inhalte zu bestimmen. Ihre Grundwerte sind Freiheit, Sicherheit, Ordnung und Einigkeit, Ansprüche also, die in der Verfassungswirklichkeit unserer Tage miteinander konkurrieren und kollidieren. Nichtsdestoweniger werden sie von jungen Menschen jeweils in ihrer Ausschließlichkeit erhoben; von der notwendigen Identität der Inhalte und Formen gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens haben sie keine Ahnung. Ihr Verhältnis zur Freiheit ist gefühlsmäßig wohlwollend, rational ungeklärt und im Ergebnis labil. Was sollen sie also mit dem Postulat der Freiheit anfangen, wenn man diese Freiheit nicht konkretisiert und anschaulich verwirklicht? Die Möglichkeiten aber, das zu tun, sind in einer Armee ungleich geringer als anderswo. Solange junge Menschen nicht erfahren haben, was diese Freiheit im politischen und staatlichen Leben praktisch bedeutet, werden sie kaum fähig sein, solchen Ansprüchen zu genügen. Die Mentalität der jungen Generation in Westdeutschland ist sehr viel differenzierter und zugleich diffuser, als die Autoren der Denkschrift anzunehmen scheinen. Wird man dieser Vielschichtigkeit nicht gerecht, bleibt die Forderung nach Freiheit eine Deklamation, die niemand ernstlich zu einer Initiative anregen oder überhaupt innerlich bewegen wird. Man wird die Dinge hinnehmen, wie sie eben kommen, schlecht oder recht.

Der Sinn soldatischen Auftrags

Es ist verständlich, daß die Menschen in ihrer Tätigkeit, in ihrem Beruf, in ihrem Leben etwas Sinnvolles sehen wollen. Niemand läßt sich gern davon überzeugen, daß sein Tun sinnlos sei. Man wird das Streben nach einer ideologischen Unterbauung ihres Daseins auch den Trägern militärischer Streitkräfte nachsehen müssen. Genügt es aber nicht, als Soldat in dem Bewußtsein Dienst zu tun, damit der Gemeinschaft zu helfen, wengleich dieser Dienst als solcher ein „Übel“ ist, weil er einen Eingriff in das persönliche Leben bedeutet und sich nach anderen als den gewohnten Maßstäben richtet? Reicht es nicht aus, das Soldatsein in diesem Sinne als „notwendiges Übel“ anzusehen, dem man sich aus Einsicht fügt — gesetzt den Fall, daß diese Einsicht richtig und begründet wäre? Das Bundesverteidigungsministerium ist nicht dieser zivilistischen Meinung. Es meint, eine Armee könne nicht „ohne lebensvolle Tradition bestehen“. Falsch sei die Ansicht, man könne „die Demokratie in Geist und Herzen ihrer Bürger fördern, wenn man ihnen das Recht zur Wehr verweigert“ (mit Atombomben oder mit 42er MGs?). Selbst die Uniform soll dem Anspruch des Militärischen auf einen eigenständigen Wert dienen. Sie „ist ein Zeichen dafür, daß ihre Träger einer gemeinsamen Aufgabe dienen“. „Jeder Soldat, der diese Aufgabe erkennt, sich ihrer würdig zeigt und dies durch seine Haltung beweist, gibt damit der Uniform einen Wert, der über ihre sachliche Bestimmung hinausgeht.“ Dieser Unsinn wird verständlicher, wenn man die geforderte „lebensvolle Tradition“ hinzunimmt.

Aber auch hier geht die Denkschrift von einer nicht näher fixierten „Realität“ aus. Die Befragungen über die Einstellung der jungen Menschen in Westdeutschland zum Wehrdienst z. B. haben gezeigt, daß ein großer Teil die militärische Dienstpflicht in der Tat als ein notwendiges Übel betrachtet. Nur 28 vH der befragten Jugendlichen wollten gern Soldat werden. 42 vH waren unter besonderen Umständen dazu bereit. Die weitaus stärkste Gruppe führte dazu als Grund an, sie würden sich für eine notwendig werdende Verteidigung zur Verfügung stellen. Ist das etwas anderes als die Haltung des „notwendigen Übels“? Wir wollen hier nicht untersuchen, ob effektive Verteidigung im Rahmen konventioneller Streitkräfte überhaupt noch möglich ist, sondern nur feststellen, daß der Anspruch auf eine eigenständige, traditionsbestimmte Begründung für die Streitkräfte und den militärischen Dienst kaum ein Echo in der jungen Generation finden wird, die ja schließlich von einem Wehrdienst betroffen wäre. Dieser Anspruch ist eines der ersten Zeichen dafür, daß die ideologischen Gralshüter dieser Armee ihr eine spezifische, über das rein Militärische hinausgehende Funktion zugeordnet haben, während noch vor zwei Jahren davon nicht die Rede war. Es ist symptomatisch, daß in der ganzen Denkschrift vom 20. Juli 1944 nirgendwo deutlich die Rede ist und daß die Ausführungen über die Wehrdienstverweigerung und die Grenzen der Gehorsamspflicht ausgesprochen verschwommen sind. Deutet sich hier der nächste Schritt an?

Man kann nicht umhin, diese Befürchtung zu äußern, wenn man die langatmigen Erklärungen über das Verhältnis von Verantwortung und Gehorsam liest, die sich an vielen Stellen finden. „Befehl und Gehorsam sind das tragende Gerüst einer Armee, Disziplin und Autorität ihr Wesen“, heißt es. Das ist deutlich und zutreffend, aber wie stellen sich die Autoren den Spielraum demokratischer, eigenverantwortlicher Freiheiten vor? Dieser Spielraum wird auf die „Fundierung“ soldatischer Tuns verwiesen, eingengt auf die „sittlichen Grundlagen der Armee“. Wie stark das Bedürfnis der Verfasser nach einem stabilen ideologischen Fundament für die Streitkräfte ist, läßt ein Hinweis erkennen, der sich in den Darlegungen über die Weiterbildung der Offiziere findet: „Ungeachtet aller überdimensionalen Kampfmittel, die von der Technik zur Verfügung gestellt werden, und ungeachtet der Fragwürdigkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit solchen Vernichtungsmitteln, muß der soldatische Führer, gleich welchen Dienstgrades, seinen Beruf (!) sittlich bejahen; andernfalls sind Vorgesetzte das Ergebnis, die unredlich vor sich selber, unglaubwürdig und verkrampft vor Untergebenen und Kameraden wären.“ Die robuste Primitivität dieser Argumentation verschlägt einem die Sprache. Man versteht nach der Lektüre dieser These besser, warum die Denkschrift den „Verfall geschichtlichen Bewußtseins“ beklagt und als ein Zeichen unserer Zeit bedauert. Die Frage nach den *Ursachen* dieses geschichtlichen Bewußtseinsverfalls zu stellen, kommt niemand in den Sinn. Wäre es nicht naheliegend, diese Erscheinung mit darauf zurückzuführen, daß sich eben vieles sehr schnell und sehr gründlich gewandelt hat und ständig weiter verändert? Bleibt dabei überhaupt noch Raum für die geschichtliche Dimension?

Es fällt nicht schwer, sich die praktischen Ergebnisse solcher Unbefangenheit vorzustellen. „Uns ist egal, was »draußen« passiert, wir halten die Stellung!“ Wenn Denkformen dieser Art schon am grünen Holz der Dienststelle Blank zu beobachten sind, was kann man dann von den Offizieren und Soldaten der Armee erwarten? Die Freiheit als der postulierte, grundlegende Anspruch für die Existenz einer Armee wird zu einem bloßen Ornament. Das Verhältnis zwischen Armee und mehr oder weniger demokratischer Gesellschaft wird sich bei dieser Ideologienbildung nicht entschärfen, sondern spannungsreicher gestalten. Es wäre einem bei Betrachtung dieser Dinge wohler, wenn sich wenigstens die Meinungsbildung in der Politik weitergehend von überholten Ideologien gelöst hätte, als dies tatsächlich der Fall ist. Leider besteht gegenwärtig die Gefahr, daß sich Zivilisten und Militärs mit Schattenspielen unterhalten. Das schadet dem Staatsbürger — und *seiner* Freiheit!

Armee, Bildung, Politik

Unsere Zeit hat mit vielen Überlieferungen gebrochen, liest man als einleitenden Satz über die Gestaltung des „inneren Gefüges“ der Streitkräfte. Und weiter: „Nicht wenige Zeichen deuten darauf hin, daß wir uns in einem umfassenden geschichtlichen Obergang befinden. Mit der schnellen Entwicklung von Technik, Industrie und Verkehr und mit den tiefgreifenden soziologischen Umschichtungen, den Veränderungen der staatlichen Wirklichkeit und mit dem gewandelten Sozialbewußtsein der Arbeiter, Bauern und Großstädter (was für eine Kategorisierung!), nach dem politischen Umbruch unseres Volkes mit seiner veränderten Rolle in Europa, ergeben sich geistige, politische und militärische Folgerungen, die von den Offizieren, zumindest von den wachen und denkenden Geistern unter ihnen (die Bescheidenheit rührt), erkannt werden sollten.“ Bei solchen Sätzen könnte man ein wenig aufatmen. Aber mit dieser Feststellung, die nun Konsequenzen erwarten ließe, hat es leider sein Bewenden. Statt dessen lesen wir, die „weltweite Auseinandersetzung des kalten Krieges sei die politische Erlebnisform unserer Generation“. Ein schöner Satz. Aber welcher Generation? Man muß den Autoren zugute halten, daß sie ihre Broschüre vor der Genfer Konferenz geschrieben haben, also nicht ganz up to date sind. Von der Ungewißheit unserer Lage haben sie gleichwohl etwas geahnt, denn sie sagen, daß „die Fronten heute schwer erkennbar durch die Völker verlaufen“. Das wäre, auf die Lage Deutschlands bezogen, ein brauchbarer Ansatz für weitere Überlegungen. Aber die Verfasser lassen sich durch eigene Zweifel nicht beirren. Das wird sichtbar in den Ausführungen über die staatsbürgerliche Bildung. Da die Streitkräfte Instrument des ganzen Volkes sind, kann der politische Standort des staatsbürgerlichen Unterrichts nicht der „einer Partei, Interessengruppe oder Konfession sein, sondern nur ein der Aufgabe und Verpflichtung der Streitkräfte entsprechender *überparteilicher* Standort“. Daß die Vermittlung dieses Standortes in „disziplinierter Diskussion“ erfolgen soll, sei am Rande vermerkt.

Hier wird deutlicher als bei der Durchsicht anderer Teile der Broschüre, welche Konsequenzen ein-e staatsbürgerliche Bildung in dieser Form haben würde. Was ist denn ein „überparteilicher“ Standort? Bedeutet diese Formel mehr und anderes als den Versuch, eine eigenständige politische Meinungsbildung *der* Streitkräfte zumindest zu ermöglichen? Nimmt man hinzu, daß die Erteilung des staatsbürgerlichen Unterrichts im Regelfall Sache des Einheitsführers sein soll, dann kann man sich vorstellen, welche Parolen dabei entstehen. Die Kompaniechefs werden es sich nicht allzu schwer machen, ihren Untergebenen eine komplizierte Wirklichkeit in „einfacher“ Form nahezubringen. Wenn dann ab und zu ein Zivilist die staatsbürgerliche Unterweisung ergänzt, kann das nicht allzuviel schaden. Es wird ihm kaum gelingen, „Verwirrung“ unter den Soldaten zu stiften. Damit vollzieht sich alles in den fixierten Bahnen der Unbeirrbarkeit.

Die „Ohne-mich-Haltung“

Wir verstehen es, daß sich die Denkschrift in ein paar Nebenbemerkungen auch mit der vieldiskutierten „Ohne-mich-Haltung“ beschäftigt, die den Widerstand der jungen Generation zum Teil bestimmen soll. „Es ist nicht Schuld der Jugend, wenn in ihren Reihen heutzutage Stimmen laut werden, die behaupten, daß es keine Werte mehr gäbe, die zu verteidigen sich lohne.“ Dieser Charakterisierung der „Ohne-mich-Haltung“ begegnet man häufig. Kaum eine Definition dieses Tatbestandes ist so falsch. Wenn die junge Generation heute gegenüber der Politik und im Hinblick auf einen möglichen Militärdienst kein allzu großes Interesse zeigt, dann deshalb, weil sie sich von den undurchschaubaren Organisationsformen unserer Gesellschaft nicht angesprochen fühlt und sich fragt, welche Anliegen des eigenen Lebens dort gefördert oder gewahrt werden. Die Beziehung zwischen individuellen Wünschen und Wertvorstellungen einerseits und

außerpersönlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens andererseits deutlich zu machen, ist bisher nicht gelungen. Diese Haltung junger Menschen aber als Einstellung zu kennzeichnen, die „keine Werte“ mehr anerkennt, ist einfach unrichtig. Warum haben sich die Planer der Dienststelle Blank nicht die Umfragen des EMNID-Instituts angesehen? Daraus ist zu entnehmen, daß die jungen Menschen, die den heutigen Staat uneingeschränkt bejahen, den Wehrdienst trotzdem zu 69 vH ablehnen. Von den Angehörigen der Jugendverbände teilten 68 vH die ablehnende Haltung ihrer Altersgenossen.

Diese Angaben zeigen, wie einseitig, ja entstellend die These ist, bei den Befürwortern des Wehrdienstes handele es sich um staatsbejahende Kräfte, bei den ablehnenden Stimmen dagegen, sagen wir, unzweifelhafte Existenzen. Die junge deutsche Demokratie verspielt ihr ohnehin nicht allzu großes Potential an demokratisch denkenden Menschen, wenn diese Mißdeutungen zugelassen werden. Es sind gerade diejenigen, die in der demokratischen Ordnung einen Wert sehen, von denen wir kritische Meinungen zum Wehrdienst hören, die Zweifel hinsichtlich der Berechtigung des Zieles und der Grundlagen einer westdeutschen Streitmacht anmelden. Es fällt schwer, die Planer des Amtes Blank für so naiv zu halten, daß sie diese Tatsachen übersehen haben. Ist auch das ein Zeichen, daß der Anspruch auf eine ideologische Fundierung des Militärs über alles andere gestellt wird?

Die „vitale“ Terminologie

Jeder sozialen Gruppe ist in manchen Dingen eine spezifische Ausdrucksweise eigen. Man kann darin normalerweise kaum etwas Besonderes sehen. Die Denkschrift über den zukünftigen deutschen Soldaten aber ist streckenweise sprachlich ungenießbar. Wir begegnen hier einem „vitalen“ militärischen Sprachgebrauch. Er drückt sich aus in ständig wiederkehrenden Vokabeln, wie „sinnvoll“, „ernst“, „gesund“, „aufrecht“, „entschieden“. Immer dann, wenn es an einer exakten Definition dessen mangelt, was man sagen möchte, wird auf solche Ausdrücke zurückgegriffen. Von der „gesunden“ Demokratie ist die Rede, von der „aufrechten“ und „entschiedenen“ Haltung des Soldaten, die anderen Vorbild sein soll. Sollen wir solche Formulierungen als einen Versuch der Präzisierung von „Freiheit“ verstehen? Es wäre nicht uninteressant, einmal nachzuzählen, wie oft die genannten Worte in der Broschüre vorkommen. Sie dominieren wahrscheinlich nicht nur zahlenmäßig, sondern geben auch Aufschluß über die geistige Verfassung der Autoren. Was heißt „gesund“, was bedeutet „entschieden“, was ist „aufrecht“? Hier wird nichts anderes unternommen als der Versuch, ein unechtes Pathos auf dem Wege eines „neuen“ Sprachgebrauchs in die Streitkräfte einzuführen. Dem ehemaligen Landser ist dieses Pathos bekannt. Er erinnert sich noch gut an diese „lebensvolle Tradition“.

Hier wie in anderen Teilen der Denkschrift vermißt man die Präzision in der Aussage, die Darlegung dessen, was konkret gemeint ist, es sei denn, man liest die Kapitel über Besoldung oder Dienstgrade nach. Allenfalls ist dieser Tatbestand ein Zeichen dafür, daß die Verfasser ihrerseits von den „grundlegenden Veränderungen“ unserer Zeit betroffen sind und sich in solche Allgemeinplätze retten. Es ist jedoch zu befürchten, daß dem nicht so ist: Nimmt man die Denkschrift als Ganzes, dann gewinnt man den Eindruck, daß die Autoren tatsächlich meinen, was sie sagen, und daß sie es so meinen, wie sie es ausdrücken. Wenn das zutrifft, liegt die Erwägung nahe, daß sie sich weniger an dem „zukünftigen“, sondern vorwiegend an dem „alten“ deutschen Landser orientieren. Die Bedeutung, die einer eigenständigen militärischen Tradition beigemessen wird, spricht für diese Vermutung. Die Kompliziertheit unserer Lage wird durch Ignoranz bewältigt, eine Methode, die nicht eben neu ist, aber bislang — dies muß man zugeben — wirkungsvoll war. Nur können wir uns nicht vorstellen, wie ein Soldat, der auf solche „vitale“ Vokabeln eingeschworen ist, das Problem der Freiheit erfassen und zu einem Kämpfer für die Demokratie werden soll.

Eine restaurative Ideologie entsteht

Augenscheinlich geht es darum, eine Synthese zwischen Demokratie und Militär zustande zu bringen. Diese Bemerkung mag nach dem Gesagten paradox erscheinen, aber wir glauben, daß man den Autoren in der Tat den Willen zu dieser Absicht unterstellen muß. Gerade darin jedoch liegt die Gefährlichkeit eines mißglückten Versuchs. Die Denkschrift überfordert die Armee, sie weicht der exakten Bestimmung wesentlicher Aufgaben aus, sie wirkt in der Tendenz oberflächlich beruhigend. Die „Zugeständnisse“ an die Demokratie sind ernsthaft gemeint, aber im Grunde lediglich formaler Natur, da sie sich auf den Bereich des ideologischen Überbaues beschränken. Wo Demokratie als Verpflichtung und Chance zu eigenverantwortlichem und selbständigem Denken und Handeln praktiziert werden soll, bleibt im allgemeinen offen. Das ist nicht böse Absicht. Es ergibt sich aus der Sachlage, daß militärisches Tun eben keine praktikable Demokratie zuläßt, noch weniger als der zivile Bereich heute. Die Autoren der Denkschrift haben sich nicht in die Verlegenheit gebracht, das festzustellen; sie gehen darüber mit Bekenntnissen hinweg. Ihre Analyse soziologischer und psychologischer Faktoren beschränkt sich auf Floskeln, zu Folgerungen gelangen sie kaum. Die Ungeklärtheit der Bestimmung des Standortes der Streitkräfte wird sichtbar in der auffallenden Methode, Fragen von Belang im „Sowohl-als-auch“-Stil zu behandeln. Man konstatiert die Notwendigkeit demokratischer Bildung, betont aber gleichzeitig die Unabdingbarkeit von Gehorsam und Autorität. Wir lesen etwas über die Freiheit, die es in der Tat zu verteidigen gilt, aber die Gegenposition bleibt mit dem Schlagwort des „Materialismus“ im Ungewissen.

Das alles bliebe halbwegs erträglich, wenn man wenigstens an einer Stelle entdecken könnte, daß den Verfassern die Komplexität ihres Vorhabens wirklich bewußt wäre. Das ist indes nicht der Fall. Die Wiederholung der „vitalen“ Vokabeln und der demokratischen Bekenntnisse wirkt unecht und peinlich und wird allzu leicht als ein Zugeständnis an die bekannte Erfahrung empfunden, daß bei einer Wiederholung von Schlagworten schließlich „etwas hängenbleibt“. Selbst wenn man den Autoren nachsehen will, daß ihr Versuch ein untaugliches Objekt zum Gegenstand hat und daß sie zudem ihre Broschüre auch für den „Durchschnittsbürger“ lesbar gestalten wollten, läßt die Art ihrer Darstellung den Eindruck des Plumpen zurück.

Die erste nachkriegsdeutsche „Heeresdienstvorschrift“ steht nicht „in der Zeit“, sie hat keineswegs das Wissen und die Tatsachen einbezogen, die uns heute zugänglich sind, sie macht einen belletristischen Eindruck. Das ist zu bedauern, für Befürworter und Gegner einer deutschen Armee. Die einen hätten sich einen besseren Anwalt für ihre Konzeption suchen müssen, die anderen haben es leicht, ihre ohnehin bestehenden Bedenken zu unterbauen. Und dabei sind selbst die Vorstellungen, zu denen sich das Bundesverteidigungsministerium bekennt, eben dort heiß umstritten. Wir beobachten ein Vordringen derjenigen, denen daran gelegen ist, die Armee in ihrem alten „Glanz“ erneut zu begründen. Diese Gruppe betrachtet die Demokratie als einen zwar vorhandenen, aber wenig beunruhigenden Faktor. Jede Kritik an den ehrlich gemeinten Reformvorstellungen der Denkschriftautoren ist somit *auch* geeignet, diesen Finsterlingen Auftrieb zu geben. Trotzdem meinen wir, daß man einer wirklichen Neugestaltung keinen besseren Dienst erweisen kann, als auf die Schwächen hinzuweisen, die überspitzte, in sich ungeklärte und damit gefährliche Reformvorschläge in sich tragen. Wir marschieren nicht an „der Spitze des Fortschritts“, wenn wir im Atomzeitalter auf Scharnhorst zurückgreifen, und die Reichswehr oder die Wehrmacht des Dritten Reiches sind gleichfalls — militärisch *und* politisch — keine geeigneten Objekte einer vergleichenden Betrachtung, vor allem dann nicht, wenn so einer „lebensvollen Tradition“ frischer Atem eingehaucht werden soll. Heute ist Freiheit auf diese Weise überhaupt nicht mehr zu sichern. Nur „Freiheit aber macht das Leben wahrhaft und damit lebenswert“. Die Frage bleibt offen, auf welche Weise das geschehen kann. Blank hat sie gestellt, aber nicht beantwortet.